

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 03.12.2009

AN/0044/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	

Gewalt- und Amokprävention an Kölner Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 17.12.2009 zu setzen:

Beschluss:

Die Stadt Köln richtet eine „Zentrale für Krisen- und Gewaltprävention“ als ständige Anlaufstelle ein, um Schülerinnen und Schülern, Eltern und Angehörigen sowie Lehrerinnen und Lehrern jederzeit die Gelegenheit zu geben, telefonisch, per e-mail oder SMS Anzeichen von Gewalt gegen (Mit)schülerinnen und (Mit)schüler oder Amokdrohungen melden zu können.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, dazu ein umfassendes inhaltliches und organisatorisches Rahmenkonzept zu entwickeln und dem Rat bis zum 23.03.2010 zur Beschlussfassung vorzulegen. Darin sind auch die erforderlichen Finanzmittel darzustellen.

Begründung:

Die Hinterbliebenen der Opfer des Amoklaufs von Winnenden haben eine „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“ gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, langfristig aktiv zur Amokprävention an Schulen beizutragen.

Ein „Baustein“ der angestrebten Präventionsmaßnahmen, nämlich eine Anlaufstelle für psychologisch betreute Notrufe, ist aus Sicht der CDU ein nieder schwelliges und sehr hilfreiches Angebot, um sowohl Anzeichen von Gewalt als auch Drohungen melden zu können.

Auf diese Weise soll das oftmals bestehende Hemmnis, sich offen an Eltern, Schule, Polizei, usw. wenden zu müssen, zunächst umgangen und die Möglichkeit geschaffen werden, durch

frühzeitige, einzelfallbezogene Intervention und Betreuung besorgniserregenden Entwicklungen entgegen zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer